

# dbb Hessen Nachrichten

NUMMER 2 2025

FEBRUAR 2025

Bei der Losbude auf der Kerb heißt es immer: „Neue Runde neues Glück, spielen sie mit, gewinnen sie mit.“ So langsam legt sich der Staub nach dem jüngsten Akt des Politrummels in Form der Bundestagswahl. Wer mit wem koalieren soll oder kann, ist eigentlich bereits gesetzt, mangels Alternativen. Denen, die nun Verantwortung übernehmen, muss jedoch klar sein: Es muss zügig eine Regierung gebildet und die Dinge müssen tatkräftig angepackt werden. Die Ergebnisse werden zählen. Man darf gespannt sein.

## Spardiktat: Demo Nr. 3 in Wiesbaden



Die CDU-geführte Landesregierung scheint auch weiterhin entschlossen, die bereits gesetzlich beschlossene Besoldungserhöhung um vier Monate verschieben zu wollen – um dadurch 180 Millionen Euro einzusparen. Gegen dieses

Vorhaben gingen am Dienstag, 25. Februar, 240 hessische BeamtInnen auf die Straße, deutlich mehr als bei den beiden vorangegangenen Demonstrationen im vergangenen November und Dezember. Auf dem Dern'schen Gelände in Wiesbaden machten sie ihrer Empörung über dieses Spardiktat Luft. „Wenn die Regierung behauptet, bei den Personalkosten sparen zu müssen, dann doch wohl beim gesamten Personal, auch an der Spitze“, sagte **dbb Landesvorsitzender Heini Schmitt**. „Aber sie sparen nur da, wo sie es können. Bei sich selbst schon einmal gar nicht und auch nicht bei den Arbeitnehmern“ – ein abgeschlossener Tarifvertrag habe nämlich Verbindlichkeit für die gesamte Laufzeit. „Da bleiben am Ende nur noch die Beamten. Bei denen muss man einfach nur ein Gesetz ändern.“

Es gehe also nicht darum Geld einzusparen mit Sinn und Verstand, sondern um den Weg des geringsten Widerstands. „Und das ist ein Skandal!“ sagte Heini Schmitt. Zumal das Bundesverfassungsgericht längst klargestellt habe, dass Beamte nicht einseitig zur Haushaltskonsolidierung herangezogen werden können. Doch statt überall nach Einsparmöglichkeiten zu suchen, habe die Landesregierung an anderer Stelle das Geld mit vollen Händen aus dem Fenster geworfen, erinnert Schmitt. Zusätzliche Ministerien und Staatssekretäre, das Hessengeld oder die Milliarden-Bürgschaft für die Helaba seien da nur einige Beispiele für Einsparpotenzial. **Das könne man zwar alles machen als Landesregierung, aber dann dürfe**

## Inhaltsverzeichnis

<b>Demonstration gegen Spardiktat</b>	Seite 1
<b>TVÖD: 800 bei Warnstreik in Fulda dabei</b>	Seite 4
<b>Neuer Lesestoff für die tägliche Praxis</b>	Seite 5
<b>Amokfahrt in München macht sprachlos</b>	Seite 6
<b>Chaos in der Silvesternacht schon vergessen?</b>	Seite 7
<b>Ministerrunde soll Rechtsstaat stärken</b>	Seite 8
<b>Mitglied in Fachgewerkschaft werden</b>	Seite 9

man nicht gleichzeitig von den Beamten ein Sonderopfer verlangen. „Für mich ist das ein Missbrauch des Streikverbots.“ Und das alles vor dem Hintergrund einer seit 2013 verfassungswidrigen Alimentation.

Parlamentarische Unterstützung erhält der dbb Hessen bei seinen Protesten von der Landtagsopposition von FDP und Grünen. Die FDP hatte eine Anhörung beantragt, die CDU und SPD nicht für nötig erachtet hatten. Der dbb Hessen und einige andere Verbände nutzten die Gelegenheit, schriftlich ihre Position zu der Gesetzesänderung darzulegen, die wiederum die FDP in einer Fraktionsanhörung im Landtag vorbrachte. **Moritz Promny (FDP):** „Da verspricht man etwas, gießt es in ein Gesetz und fünf Monate später gilt es nicht mehr – auf was kann man sich hier noch verlassen?“ Promny brachte noch einen anderen Aspekt an: Die Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber vor solch einem Hintergrund. Er sieht zudem falsche Prioritäten bei den Einsparungen und sicherte weitere Unterstützung zu.

**Christoph Sippel (Grüne)** bemängelte, dass von der Regierung niemand zur Demonstration erschienen ist. „Das ist keine Wertschätzung. Ich glaube die haben Angst.“ Gemeinsam mit der FDP hätten die Grünen eine dritte Lesung des Gesetzentwurfs beantragt. „Wir werden das Gesetz ablehnen.“ An die BeamtInnen richtete er die Bitte, auch weiterhin laut zu sein und für ihre Belange einzutreten.



„Was dieser Staat mit den Beamten macht geht nicht,“ sagte der **hessische Kombi-Vorsitzende und stellv. Landesvorsitzende des dbb, Richard Thonius**. Er höre immer von Abgeordneten, dass die Höhe des Bürgergeldes Schuld sei. „Hier geht es um die Ärmsten der Gesellschaft und auch hier gibt es eine Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts“, erinnerte er. Am Bürgergeld werde jedenfalls auch eine neue Bundesregierung nichts ändern. „Unterstellen wir mal, die Erhöhung kommt tatsächlich im Dezember, dann ist die

Besoldung immer noch bis zur 22% unter dem verfassungsrechtlichen Mindestniveau.“ Für die Nachwuchsgewinnung sieht er darin ein falsches Signal. „Wer will denn unter solchen Voraussetzungen noch für den Staat arbeiten?“ **In den letzten Jahren konnte man den Eindruck gewinnen, dass versucht werde, aus Staatsdienern Staatsklaven zu machen.**

**Björn Werminghaus (DPoIG-Hessen):** „Die Landesregierung hält sich nicht an Recht und Gesetz.“ Er schlug vor, die 2 Milliarden des Hessengelds zu sparen. Auch bei Polizei und Lehrern werde, entgegen der Beteuerungen der Landesregierung gespart – Überstunden wurden nicht ausgezahlt. „Gleichzeitig will das Land auf Erstattung der Kosten bei Fußballspielen verzichten –

die nächste Sauerei.“ Die Einsätze sollten daher in Rechnung gestellt werden und damit Überstunden ausgleichen. „Denn dort sind sie auch entstanden.“

**Michael Volz (Landesvorsitzender DSTG):** „Danke an Euch Kollegen, dass ihr hier seid und eure Zeit geopfert habt.“ Aber er betonte auch, dass dies vermutlich nicht das letzte Mal gewesen sein dürfte, dass man zum Protest zusammengekommen ist. Auch er skizzierte die immer schlechter werdenden Arbeitsbedingungen – in den Finanzbehörden, wo bereits jetzt viele Financer ihre berufliche Zukunft in Steuerkanzleien suchen und den öffentlichen Dienst verlassen. „Wir appellieren an die, die die Entscheidung treffen: Finger weg von dieser Besoldungserhöhung!“

**Wilma Volkenand (Landesvorsitzende BSBD):** „Wir haben die Nase voll von Sonntagsreden, Hinhalten oder leeren Versprechungen.“ Die Arbeitszeiten im Vollzug seien bereits von 38,5 auf 42 heraufgesetzt worden. Da durch wurden nicht nur Stellen abgebaut, dies gehe letztlich zulasten der Sicherheit in den Justizvollzugsanstalten. Die JVA sind zudem an ihrer Belastungsgrenze angelangt und teilweise baufällig.



**Roland Staude (Vorsitzender dbb NRW und Sprecher der dbb-Landesbünde):** Drückte Solidarität der anderen dbb-

Landesbünde aus. „Als ich gehört habe, was hier abgeht, habe ich das gar nicht geglaubt. Das ist ein Affront.“ Zudem bestehe die Gefahr, dass Hessen eine Blaupause für künftige Alimentationsvorstöße in anderen Bundesländern dienen könnte – sprich, das Modell „Spardiktat“ künftig auch anderswo Anwendung finden könnte. „Hessen ist sicher nur die Speerspitze.“ Zudem gebe es immer mehr „Schweinereien“, um zu versuchen, verfassungskonforme Besoldungen zu umgehen: Etwa die Anrechnung des Partnereinkommen. „Dafür gibt es keinerlei rechtliche Grundlage.“

Auch **Heini Schmitt** hob diesen Aspekt noch einmal hervor. „Die Rechenmodelle liegen in den Schubladen der Finanzminister. Da findet ein regelmäßiger Austausch statt.“ Eine Regierung presche vor, wenn der Widerstand nachlasse, zögen die anderen nach. Nun sei Hessen mit einer „Schweinerei“ vorgeprescht.

## 800 demonstrieren beim Warnstreik in Fulda

Die Fronten sind festgefahren wie lange nicht. Auch nach der zweiten Verhandlungsrunde zum TVöD der Bundes- und kommunalen Angestellten ist keinerlei Einigung in Sicht. „Man hat uns nicht einmal ein Angebot vorgelegt“, sagte der **stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer** bei der Warnstreikkundgebung vor 800 Beschäftigten am Mittwoch in Fulda. „Unsere Forderungen sind klar und deutlich und liegen seit Monaten vor.“ In der zweiten Runde hätten die Arbeitgeber erklärt. „Das geht nicht, das sei nicht umsetzbar, das sei zu teuer.“ Dem sei nicht so, stellte Geyer klar: „Die Forderungen sind berechtigt!“ 8 Prozent, mindestens 350 Euro, Entlastung und



Arbeitszeitflexibilisierung müssen umsetzbar sein. „Weil man sich uns verweigert hat, stehen wir heute hier und streiken!“ Das Argument, man habe ja einen sicheren Arbeitsplatz, kann Geyer nicht mehr hören. Zumal: „Wenn die Arbeitsplätze so hoch interessant sind, müssten wir uns ja vor Bewerbern nicht retten können.“ Doch das Gegenteil ist der Fall: Es fehlen aktuell 570.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst und deren Arbeit muss von anderen mitgemacht werden. Und deshalb sieht Geyer die Forderungen des dbb als gerechtfertigt an.

**Liza-Lorena Cvecko, stellv. Vorsitzende komba Jugend Hessen**, hob die Wichtigkeit der Auszubildenden hervor und unterstich mit Blick auf die gestiegenen Lebenserhaltungskosten, wie beispielsweise die hohen Mieten, die Forderung nach 200 Euro mehr Ausbildungsentgelt: „Wir leisten von Tag zu Tag großartige

Arbeit. Wir sind die Zukunft des öffentlichen Dienstes“. „Wir haben die Nase voll von schlechten Bedingungen. Wir sind hier, weil es endlich besser werden muss.“ Deshalb brauche man Sicherheit und keine Angst vor der Zukunft.

**Sabrina Krause, Erzieherin bei der Stadt Fulda und komba Mitglied**, berichtete von den vielfältigen Problemen aus ihrem Arbeitsalltag, die durch fehlendes Personal drastisch verschärft würden: „Trotz all der Schwierigkeiten liebe ich meinen Beruf und möchte ihn bis zur Rente ausführen“. Aber dafür erwarte sie auch eine gerechte Bezahlung.

**Heini Schmitt (dbb Landesvorsitzender)**: „Ihr Beschäftigte seid für die Arbeitgeber nur noch ein Kostenfaktor. Und das ist ein Skandal!“ Die Wartezeiten für die Dienstleistungen am Bürger haben sich verlängert, immer mehr Bürger haben den Eindruck, dass der Staat seine Aufgaben nicht mehr

sachgerecht erfüllen könne. “Und dieser Eindruck ist richtig”, sagte er mit Blick auf die dbb Bürgerbefragung. Die Inflationsrate sei aktuell zwar bei 2,3 Prozent. Die Preise für einzelne Lebensmittel oder für einen Kleinwagen seien jedoch erheblich gestiegen. Eine nur geringe Erhöhung der Entgelte würde daher einen Kaufkraftverlust bedeuten. Der Hinweis der Gewerkschaften auf diesen Kaufkraftverlust würde von den Arbeitgebern als unangemessen zurückgewiesen. Er führte auch aus, dass die Politik nach wie vor Milliardenbeträge nicht eintreiben, auf der anderen Seite dennoch für fragwürdige Dinge ausgeben würde.

Organisiert hatte den Warnstreik der komba Landesverband in Hessen. **Die dritte und entscheidende Verhandlungsrunde wird vom 14.-16. März in Potsdam stattfinden.**

+++++

### Die neuesten Nachrichten gleich auf das Handy



Es gibt mal wieder etwas Neues! Seit wenigen Tagen können Sie die neuesten Nachrichten aus dem dbb Hessen gleich auf das Handy bekommen – mit unserem neuen **WhatsApp-Kanal**. Also gleich **kostenfrei** und **unverbindlich** abonnieren und nichts mehr verpassen!

Fragen zum Angebot an: [presse@dbbhessen.de](mailto:presse@dbbhessen.de)

+++++

### Lesestoff für die tägliche Praxis

Beim DBB Verlag ([www.dbbverlag.de](http://www.dbbverlag.de)) sind u. a. folgende Ratgeber erhältlich:



#### Ratgeber Beamten Basics – Besoldung Versorgung Beihilfe

Der Ratgeber enthält unverzichtbare Grundlagen zum Statusrecht, zur Bezahlung in Form des Besoldungsrechts, zur Alterssicherung durch das Versorgungsrecht sowie zum Thema Gesundheitsfürsorge als Beihilfe. Anhand von Übersichten, Merklisten, Gesetzesauszügen und Beispielen werden die Bundes- und Länderregelungen kurz und prägnant erläutert.



## Ratgeber Beamten Basics - Gesundheitssicherung, Beihilfe, Ergänzende PKV, Pflege

Dieser Ratgeber beantwortet alle wichtigen Fragen rund um die Gesundheitssicherung, z. B.:

- Wie sichere ich mich ab?
- Beihilfe: Wer bekommt sie? Wer zahlt was? Welche Aufwendungen werden übernommen?
- Bekomme ich Beihilfe im Pflegefall?

Mit einer kompakten und einfachen Darstellung, Infokästen und Zusammenfassungen richtet sich der Ratgeber an alle, die einen schnellen Überblick oder einen zielgerichteten Einstieg suchen.

Allgemein Interessierte werden genauso angesprochen wie Beamtenanwärter, Probebeamte, aber auch Versorgungsempfänger und Hinterbliebene von Beamten.

+++++

Sie möchten die **dbb Nachrichten direkt** und **kostenlos** ins **eigene Mailpostfach** geschickt bekommen? Kein Problem! Einfach bestellen per Mail an: [presse@dbbhessen.de](mailto:presse@dbbhessen.de)

+++++

### Attentat in München führt endgültig zu Sprachlosigkeit

„Langsam aber sicher gehen uns die Worte aus“, sagt ein bestürzter Landesvorsitzender des dbb Hessen, Heini Schmitt, in einer ersten Reaktion auf das Attentat von München. „Der Takt wird immer schneller, in dem wir erneut Opfer von Terror- und Amoktaten beklagen müssen“, sagt Heini Schmitt. „Wann wird der Staat seine Bürger wieder effizient vor solchen Taten schützen können?“ fragt er sich. „Wieder wird ein neuer Ort zum Angstraum gemacht, wieder werden nicht nur mehrere Dutzend Menschen körperlich versehrt, sondern vor allem auch seelisch – für den Rest ihres Lebens werden sie die Eindrücke und Erinnerung dieser Tat mit sich herumschleppen“, sagt Schmitt. „Übrigens ebenso wie viele andere Menschen, die sich in unmittelbarer Nähe befunden haben und die schreckliche Tat mit ansehen mussten. Unser Mitgefühl ist mit den Opfern, ihren Angehörigen und den Menschen, die unfreiwillig Zeugen dieser Tat werden mussten.“

„Wir hoffen sehr, dass nun nicht wieder nur Betroffenheitsfloskeln zu hören sein werden, sondern endlich politisch alles darangesetzt wird, den Menschen ein Sicherheitsgefühl zurückzugeben.“

**Quelle: Aktualisierte Pressemitteilung des dbb Hessen vom 13. Februar 2025**

+++++

### Pressearbeit: Tipps und Tricks für mehr mediale Aufmerksamkeit

Aufmerksamkeit und Zeit sind die härteste Währung in unserer modernen Informationsgesellschaft. Oder anders formuliert: Wer sich nicht irgendwie Sichtbarkeit verschafft, findet in der Öffentlichkeit nicht statt.

Wie schafft man es als Verband, mit seinen Inhalten und Botschaften medial durchzudringen und Gehör zu finden? Der dbb Hessen möchte den Pressesprechern oder für Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Personen der dbb-Mitgliedsgewerkschaften in einem Tagesseminar grundlegende und nützliche Tipps und Tricks für die Praxis an die Hand geben – von der Pressemitteilung über das Erstellen eines Presseverteilers bis hin zum sinnvollen (und nicht allzu aufwändigen) Einsatz von sozialen Netzwerken. Zugleich soll das Seminar Gelegenheit zum Vernetzen bieten.

**Wann:** Donnerstag, 27. März, 2025, 10-16 Uhr

**Wo:** Geschäftsstelle des dbb Hessen, Europa-Allee, Frankfurt

+++++

### Nach Chaos in der Silvesternacht: Wieder nur viel verbaler Rauch und sonst nichts?

**Der Jahreswechsel war nicht für alle ein Grund, ausgelassen zu feiern. Einige ließen ihr Leben, andere mussten Schwerstarbeit leisten. Als sich der Böllerrauch verzogen hatte, folgten das alljährliche, inzwischen ritualisierte Lamento und die üblichen Forderungen nach Böllerverboten und hartem Durchgreifen gegen die, die den allgemeinen Ausnahmezustand ausnutzen, um sich und anderen im Schutz der Anonymität Schaden zuzufügen.**

Inzwischen ist ein Monat vergangen und geschehen ist – nichts. Die Diskussion ist verstummt, andere Themen beherrschen die Agenda, bis zum nächsten Silvester. Noch einmal die „Höhepunkte“ der Nacht, deutschlandweit: Fünf Tote und unzählige Schwerstverletzte. Menschen sind seither taub und blind, einige haben sich ihre Finger weggesprengt, manche die ganze Hand. Randalierende haben nicht nur Kinder und Hunde zu Tode erschreckt, in dem sie Raketen und Böller in die Menge schossen – oft half an den Hotspots nur der gebückte Gang, um unbeschadet entkommen zu können. Die Luftqualität in der Silvesternacht war schlecht wie sonst nie im Jahr, nicht nur chronisch Atemwegskranke litten unter dem Feinstaub. Kinder, Alte und Kranke konnten nicht schlafen, die Feuerwehr alleine in Berlin zählte ein Viertel mehr Brände als im Jahr zuvor – der entstandene Sachschaden geht nicht nur erneut weit in die Millionen – er wäre auch vermeidbar gewesen.

„Nach einer solchen Bilanz kann man nicht einfach nach wenigen Tagen ritualisierter Aufregung und Beschwichtigung einfach zur Tagesordnung übergehen – und in knapp 11 Monaten die selbe Platte erneut auflegen. Es wird objektiv belegbar jedes Jahr schlimmer“, sagt der Vorsitzende des dbb Hessen, Heini Schmitt, der übrigens mehr als vier Jahrzehnte selbst im Polizeidienst war. Hundertschaften von Polizisten schoben an den Hotspots der Innenstädte Dienst, um an viele Orten das Schlimmste zu verhindern. Rettungskräfte und Feuerwehrleute waren nicht nur extrem gefordert, mancherorts wurden sie sogar bei ihrer Arbeit massiv behindert oder gar angegriffen. Die Notaufnahmen liefen am Anschlag und hinterher mussten die Entsorgungsbetriebe Extraschichten fahren, um den Dreck wegzufegen. Und das alles, damit ein kleiner Teil der Bevölkerung - darunter prominent vertreten Jugendliche und junge Männer mit Migrationshintergrund - im Schutz der Anonymität auf nichts und niemanden Rücksicht nehmen – auf Kosten anderer.

„Diese Mitbürger haben doch inzwischen längst erkannt, dass sie für ihr Tun kaum Konsequenzen zu befürchten haben“, sagt Schmitt. Einerseits, weil nicht überall die Polizei präsent sein kann, andererseits weil eine beweiskräftige Verfolgung von Straftaten, begangen aus der Menge im Partygetümmel praktisch kaum hinzubekommen ist. „Leidtragende sind nicht nur die Einsatz- und Hilfskräfte. Es sind auch die friedfertigen Mitbürger, die zunehmend das Gefühl bekommen, dass der öffentliche Raum in unseren Städten besonders an Silvester zum Angstraum geworden ist, in dem der Staat sie nicht mehr ausreichend schützen kann“, sagt Schmitt. Das ist eine Entwicklung, die wir schon länger beobachten und die wir nicht weiter hinnehmen wollen. „Es ist das vorläufige Ende einer Entwicklung, in der bestehende Gesetze einfach nicht mehr beachtet werden – und dieses Nichtbeachten folgenlos bleibt.“

„Die Politik sollte endlich ihren Handlungsauftrag erkennen“, findet Schmitt. In vielen Nachbarländern ist der Verkauf und die Nutzung von Feuerwerkskörpern stark reglementiert oder gleich verboten. „Eine ähnliche Regelung hier würde die Situation entspannen und Ressourcen schonen“, sagt Schmitt. Und: Es wäre dringend erforderlich, dass wenigstens in den wenigen Einzelfällen, in denen möglicherweise ein beweiskräftiges Ermittlungsverfahren durchgeführt werden kann, tatsächlich auch drastische Strafen, auch Freiheitsstrafen verhängt werden, und zwar zeitnah. Erstens würde sich das in der Szene rumsprechen und zweitens würden die Ankündigungen des harten Durchgreifens dann auch wieder mehr Glaubwürdigkeit erfahren“, sagt Schmitt.

**Quelle: Pressemitteilung des dbb Hessen vom 29. Januar 2025**

### **Ministerrunde: Wieder rechtsstaatliche Verhältnisse herstellen**

Der dbb Hessen begrüßt, dass die Innenminister der Länder und des Bundes heute über die tödliche Gewalttat in Aschaffenburg und dringend notwendige Konsequenzen beraten. „Es ist längst überfällig, erforderliche Maßnahmen umzusetzen, statt wiederkehrend nur verbale Betroffenheit zum Ausdruck zu bringen und danach zur Tagesordnung überzugehen“, sagt der Vorsitzende des dbb Hessen, Heini Schmitt.

„Wir stellen schon länger eine massive Überforderung bei den beteiligten Behörden fest, ob bei den Ausländerämtern, der Polizei, der Justiz oder letztlich bei den Kommunen.“ Daher sei es aus Sicht des dbb Hessen richtig und notwendig, nun das Thema Zuwanderung wieder in rechtsstaatliche Verhältnisse zu überführen. „Teile der Bevölkerung nehmen den öffentlichen Raum zunehmend als Angstraum wahr, weil der Staat die Bürger offenkundig nicht mehr adäquat schützen kann“, erklärt Heini Schmitt. „Dieser Effekt wirkt bei den Menschen nicht nur in den betroffenen Städten wie Magdeburg, Halle, Aschaffenburg oder Berlin meist noch Jahre nach.“

Zudem müsse der Eindruck entstehen, dass die Sicherheitsarchitektur, der Datenaustausch und die gesetzlichen, vor allem datenschutzrechtlichen Bestimmungen nicht mehr den Anforderungen der Gegenwart zu genügen scheinen.

„Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, dass der Staat alle gesetzlichen Bestimmungen zur Verfügung stellt und auch konsequent vollzieht, damit sie in Sicherheit und Freiheit leben können. Wenn der Staat Migration weiterhin völlig ungesteuert zulässt und sich dadurch in eine gewisse Ohnmacht manövriert, wird es immer weniger gelingen, sich angemessen um wirklich hilfsbedürftige Menschen aus Kriegsgebieten und politisch Verfolgte zu kümmern“, so Schmitt weiter.



Die schrecklichen Anschläge und Amoktaten vergiften das gesellschaftliche Klima immer weiter und führen dazu, dass friedfertige Landsleute von Tätern zunehmend unter Generalverdacht stehen. „Es ist nicht (mehr) die Zeit, durch die rosarote Brille völlig realitätsfern auf die Verhältnisse zu schauen. Allein aus Respekt vor den vielen Opfern muss jetzt zielgerichtet gehandelt werden!“

**Quelle: Pressemitteilung des dbb Hessen vom 27. Januar 2025**

## Mitglied in Fachgewerkschaft und dem dbb werden

 | Mitgliedschaft & Service

### Online-Beitritt

Sie möchten Mitglied im dbb beamtenbund und tarifunion werden?

Kein Problem! Schicken Sie einfach folgende Angaben an uns. Wir leiten alles Weitere für Sie in die Wege.

Die mit \* gekennzeichneten Felder sind Pflichtfelder

Persönliche und dienstliche Angaben	
Vorname*	Nachname*
Straße und Hausnummer*	
PLZ*	Wohnort*
Geburtsdatum*	E-Mail*
Dienststelle*	Arbeitgeber*
Beschäftigt als*	
Bitte wählen Sie	

### Sieben gute Gründe für eine Mitgliedschaft Als Mitglied einer dbb-Gewerkschaft...

...werden Ihre Interessen von einer durchsetzungsstarken Solidargemeinschaft mit 1,3 Millionen Mitgliedern wirksam vertreten.

...können Sie selbst im Kreis interessierter Kolleginnen und Kollegen Ihren Teil an einer zukunftsfähigen Gestaltung des öffentlichen Dienstes beitragen.

...werden Sie in allen berufsspezifischen Fragen und über jede Entwicklung im öffentlichen Dienst bestens informiert.

...ist Ihnen Unterstützung in beamtenrechtlichen und tarifvertraglichen Fragen sicher.

...genießen Sie Rechtsschutz in beruflichen

Rechtsstreitigkeiten.

...stehen Ihnen viele Vorteilsangebote starker Partner offen.

...können Sie auf das breitgefächerte Schulungsangebot der **dbb akademie** zurückgreifen.

### Wie werde ich Mitglied?

Der dbb ist eine Spitzenorganisation, die aus Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors besteht. Mitglied wird man deshalb nicht beim dbb unmittelbar, sondern bei der für den Dienst- bzw. Arbeitsbereich zuständigen Fachgewerkschaft.

### Wie viel Mitgliedsbeitrag muss ich zahlen?

Diese oft gestellte Frage kann nur von den Fachgewerkschaften beantwortet werden, denn sie erheben die Mitgliedsbeiträge und nicht die Spitzenorganisation. Die Mitgliedsgewerkschaften sind neben allen berufspolitischen Fachfragen u.a. auch für die Gewährung von Rechts- und Versicherungsschutz zuständig. Das oben stehende Online-Beitrittsformular finden Sie unter:

<https://www.dbb-hessen.de/mitgliedschaft/online-beitritt/>

Einkommensrunden – egal ob mit Bund, Kommunen, den Ländern oder anderen Arbeitgebenden – gehen jeden an. Alle sind betroffen. Das Ergebnis ist offen. Sie können es mitgestalten – durch

Mitmachen oder Fernbleiben! Die Einkommensrunden finden auch vor Ort statt, in Ihrer Verwaltung, in Ihrem Betrieb. Dort werden die Ergebnisse wirksam. Handeln Sie, sonst wird über Sie verhandelt!

### **Treten Sie in Aktion, werden Sie Mitglied in einer unserer Fachgewerkschaften!**

Wir bieten Fachkompetenz vor Ort und eine zentrale Verhandlungsmacht für Arbeitnehmende, Beamtinnen und Beamte. Ihre berechtigten Interessen lassen sich oftmals nur im Konflikt durchsetzen. Gewerkschaften werden jedoch auch im Alltag dringend gebraucht.

Die **dbb Fachgewerkschaften bieten** konsequente **Interessenvertretung, Fortbildung** und **Rechtsschutz** rund um die Arbeit. Unsere **Personal-** und **Betriebsräte/-rätinnen** gestalten die Arbeitswirklichkeit vor Ort. Über unsere Medien **informieren wir** Sie über alle wichtigen tarif- und beamtenpolitischen Themen.

### **Werbung: Was erwartet Versicherte der Pflegeversicherungen 2025?**

Gesundheit und Pflege spielen bislang eine eher untergeordnete Rolle im Wahlkampf – mit Blick auf die stetig steigenden Kosten für Gesundheit und Pflege allerdings völlig zu Unrecht: Die Leistungsausgaben zeigten sowohl in der Gesetzlichen als auch in der Privaten Krankenversicherung in den vergangenen Jahren deutliche Anstiege. Insbesondere die Krankenhauskosten, getrieben von höheren Pflegepersonalkosten, sowie die Arzneimittelausgaben stiegen in der jüngeren Vergangenheit bis heute deutlich an. Infolgedessen waren Versicherte in GKV und PKV zum 1. Januar 2025 mit Beitragsanpassungen konfrontiert. Die Zahlen belegen, dass sich die PKV im Wettbewerb mit der GKV sehen lassen kann: Ein gutverdienender gesetzlich Versicherter mit Einkommen an der Beitragsbemessungsgrenze zahlt für seine Absicherung des Kranken- und Pflegerisikos seit Jahresbeginn einen Höchstbeitrag von knapp 1.200 Euro, ein Durchschnittsverdiener knapp über 900 Euro.

Angesichts der sich auch in den kommenden Jahren weiter öffnenden Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen wird die nächste Bundesregierung das Problem nicht weiter auf die lange Bank schieben können und sich mit der finanziellen Stabilisierung der Gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung befassen müssen. Wenn das beitragsfinanzierte Solidarsystem nicht kollabieren soll, muss die Politik endlich gegensteuern und die Ausgaben den Einnahmen anpassen. Mehr Eigenverantwortung und private Vorsorge werden zwingend nötig sein, soll die Kranken- und Pflegeversicherung nachhaltig und generationengerecht stabilisiert werden.

Dennoch muss man konstatieren: Trotz der großen Herausforderungen befindet sich die medizinische Versorgung in Deutschland im internationalen Vergleich auf hohem Niveau – auch dank des Wettbewerbs zwischen GKV und PKV. Auch mit dem Leistungspaket der GKV erhalten die Menschen eine gute Grundversorgung. Selbst bei den viel diskutierten Wartezeiten der Patienten steht Deutschland im internationalen Vergleich gut da. Das wird offenbar auch von den Patientinnen und Patienten selbst so wahrgenommen: Eine Versichertenbefragung des GKV-Spitzenverbandes ergab, dass die Wartezeiten auf einen Hausarzt-Termin für 88 Prozent der Befragten ihren Wünschen entsprechen oder zumindest akzeptabel sind. Ein Blick über die Grenzen zeigt, dass die medizinische Versorgung in Ländern mit Einheitssystemen – wie etwa in Großbritannien – wesentlich schlechter ist. Das Privatpatient-Serviceportal fasst für Sie zusammen, was eine Einheitsversicherung für die Versorgung tatsächlich bedeuten würde.

Das Serviceportal für Privatpatienten [www.privat-patienten.de](http://www.privat-patienten.de) hat sich in den letzten Jahren zur Anlaufstelle für alle Ratgeber-Themen rund um die Private Krankenversicherung entwickelt. Sie möchten wissen, ob Ihre Arztrechnung korrekt ist, was ein Zweibettzimmer in verschiedenen Kliniken kostet oder welches Medikament günstiger wäre? Darüber hinaus werden dort Hintergrundinformationen zu den Themen Beihilfe und PKV geboten: Wie funktioniert die Private Krankenversicherung für Beamtinnen und Beamte? Welche Besonderheiten gelten für Beamte mit Vorerkrankungen oder Behinderungen beim Wechsel in die PKV? Und was ist zu beachten, wenn sich der Beihilfesatz ändert?

(Quelle: **Verband der Privaten Krankenversicherung**)

## Impressum

V.i.S.d.P.: dbb Hessen, Andreas Nöthen (Pressesprecher), Europa-Allee 103 (Praedium), 60486 Frankfurt

Mail: [presse@dbbhessen.de](mailto:presse@dbbhessen.de).



**dbb**  
**vorsorgewerk**  
günstig • fair • nah



**dbb**  
**vorteilswelt**